



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

3. FEBRUAR 2005

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Der Vizepräsident und ich möchten Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Alles in allem bedeuten die Informationen, die seit der letzten Sitzung des EZB-Rats verfügbar geworden sind, dass unsere Einschätzung der Preisstabilität auf mittlere Sicht unverändert ist. Während die kurzfristigen HVPI-Inflationsraten weiterhin gewissen Schwankungen insbesondere in Bezug auf die Ölpreise unterliegen, gibt es keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein binnenwirtschaftlicher Preisdruck aufbaut. Dementsprechend haben wir die Leitzinsen der EZB unverändert auf ihrem historisch niedrigen Niveau belassen. Auf mittlere Sicht bestehen jedoch nach wie vor Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, weshalb Wachsamkeit hinsichtlich dieser Risiken weiter unabdingbar ist.

Ich möchte Ihnen nun unsere Einschätzung näher erläutern und zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** eingehen. Die neuesten gesamtwirtschaftlichen Daten und Umfrageergebnisse deuten auf ein anhaltend moderates Wachstum im vierten Quartal 2004 und eine insgesamt unveränderte Situation zum Jahreswechsel hin. Vorausschauend ist festzustellen, dass die Voraussetzungen für ein beschleunigtes und sich im Jahresverlauf stärker selbst tragendes Wirtschaftswachstum weiterhin gegeben sind. Das robuste Weltwirtschaftswachstum setzt sich fort und schafft ein positives Umfeld für die Exporte des Euroraums. Aus binnenwirtschaftlicher Sicht dürfte die Investitionstätigkeit weiter von den äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen im Euroraum, einer besseren Ertragslage und der gesteigerten Effizienz der Unternehmen profitieren. Außerdem dürfte sich das Wachstum der Konsumausgaben im Einklang mit dem real verfügbaren Einkommen entwickeln.

Hohe und volatile Ölpreise und anhaltende weltwirtschaftliche Ungleichgewichte stellen Abwärtsrisiken für das Wachstum dar. Binnenwirtschaftlich gesehen würde ein

Nachlassen der Unsicherheit über das Ausmaß und Tempo der fiskalischen Reformen und Strukturreformen den Konsum stützen, da diese Unsicherheit scheinbar die Erwartungen des privaten Sektors mit Blick auf das künftige Wachstum des real verfügbaren Einkommens dämpft. Was die Wechselkursentwicklung angeht, so halten wir an unserer hinsichtlich der kräftigen Euro-Aufwertung bereits geäußerten Meinung fest, dass solche Kursbewegungen unerwünscht und nicht förderlich für das Wirtschaftswachstum sind.

Was die Verbraucherpreise betrifft, so belief sich die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate im Dezember auf 2,4 % gegenüber 2,2 % im November. Die Daten für Januar liegen noch nicht vor, aber es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Inflationsrate gegenüber Dezember verringert hat. Während der kommenden Monate wird die Volatilität der jährlichen Teuerungsraten wahrscheinlich anhalten, worin vor allem die Ölpreisentwicklung ihren Niederschlag findet. Auf längere Sicht wird auf Grundlage der bislang verfügbaren Informationen damit gerechnet, dass die HVPI-Inflation im Laufe des Jahres 2005 auf unter 2 % fallen wird, vorausgesetzt, es treten keine weiteren negativen Schocks auf. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine Hinweise darauf, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein stärkerer binnenwirtschaftlicher Preisdruck aufbaut. Die Lohnerhöhungen sind in den vergangenen Quartalen verhalten geblieben, und angesichts eines auch weiterhin moderaten Wirtschaftswachstums und einer schwachen Arbeitsmarktdynamik dürfte sich dieser Trend in der Zukunft fortsetzen.

Allerdings muss verschiedenen Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität Rechnung getragen werden. Die Befürchtungen richten sich insbesondere auf die künftige Ölpreisentwicklung und ganz allgemein auf das mögliche Risiko von Zweitrunden-Effekten bei der Lohn- und Preisbildung in der Gesamtwirtschaft. Darüber hinaus muss die Entwicklung der indirekten Steuern und administrierten Preise genau beobachtet werden.

Weitere Rückschlüsse auf die Aussichten für die Preisentwicklung auf mittel- bis längerfristige Sicht lassen sich aus der **monetären Analyse** ziehen. Die jüngsten monetären Daten bestätigen die seit Mitte 2004 zu beobachtende Beschleunigung des M3-Wachstums. Darin spiegelt sich verstärkt der stimulierende Effekt des im historischen Vergleich sehr niedrigen Zinsniveaus im Euro-Währungsgebiet wider. Infolge des in den vergangenen Jahren anhaltend kräftigen M3-Wachstums ist im Euroraum nach wie vor deutlich mehr Liquidität vorhanden, als zur Finanzierung eines inflationsfreien Wirtschaftswachstums erforderlich ist. Hiervon könnten auf mittlere Sicht Risiken für die Preisstabilität ausgehen; Wachsamkeit ist also geboten.

Die sehr niedrigen Zinssätze begünstigen auch die Nachfrage des privaten Sektors nach Krediten. Das Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften hat in den letzten Monaten weiter zugenommen. Darüber hinaus war die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten nach wie vor robust, was zur dynamischen Entwicklung der Immobilienpreise in mehreren Euro-Ländern beigetragen hat. Die reichliche Liquiditätsausstattung im Zusammenwirken mit der kräftigen

Kreditexpansion könnte in einigen Gebieten des Euroraums zu nicht tragbaren Preissteigerungen an den Immobilienmärkten führen.

Zusammenfassend geht aus der wirtschaftlichen Analyse hervor, dass sich der binnenwirtschaftliche Preisdruck nach wie vor in Grenzen hält. Dennoch bestehen weiterhin Aufwärtsrisiken für die mittelfristige Preisstabilität, die sorgsam beobachtet werden müssen. Es muss vermieden werden, dass kurzfristig höhere Inflationszahlen auf die langfristigen Inflationserwartungen und auf das Lohn- und Preissetzungsverhalten durchschlagen. Die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse spricht dafür, hinsichtlich des Eintretens von Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht weiterhin wachsam zu bleiben.

Was die **Finanzpolitik** angeht, so werden die neuesten aktualisierten Stabilitätsprogramme der Mitgliedstaaten derzeit einer gründlichen Beurteilung unterzogen. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Mitgliedstaaten ihren im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangenen Verpflichtungen beim Haushaltsvollzug 2005 und bei der Festlegung ihrer mittelfristigen Ziele nachkommen. Gegebenenfalls impliziert dies eine Korrektur übermäßiger Defizite in diesem Jahr sowie deutliche Fortschritte in Richtung eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts. Durch entsprechende Maßnahmen sollte vermieden werden, dass es wieder zu ähnlichen Haushaltsergebnissen wie in der Vergangenheit kommt, als nur unzureichende Anpassungen vorgenommen wurden. Angesichts der Notwendigkeit, sich auf die Folgen der Bevölkerungsalterung vorzubereiten, sollten finanzpolitische Strategien auch Bestandteil einer umfassenden Reformstrategie sein, deren Ziel es ist, Europas Wachstumspotenzial zu erhöhen.

In der Debatte um das **finanzpolitische Regelwerk der EU** muss nun eine überzeugende Lösung gefunden werden. Um das Vertrauen zu fördern, unterstützt der EZB-Rat Vorschläge für eine Stärkung der Präventivmaßnahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die sich mit der haushaltspolitischen Überwachung befassen. Was die Korrekturmaßnahmen des Pakts betrifft, so müssen die greifenden Mechanismen in jeder Hinsicht stark und glaubwürdig bleiben. Eine Änderung der Verordnungen, eine Aufweichung der 3 %-Defizitobergrenze oder die Abschwächung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit wären daher kontraproduktiv. Der finanzpolitische Rahmen, der im Vertrag über die Europäische Union und im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankert wurde, bildet einen Eckpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion. Er ist daher für den Zusammenhalt der Währungsunion von zentraler Bedeutung. Es kommt darauf an, jegliche Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit des Überwachungsprozesses und der

Solidität der Finanzpolitik der Währungsunion langfristig zu vermeiden, da solche Zweifel letztlich zu höheren Risikoaufschlägen und Realzinsen im Euro-Währungsgebiet führen würden.

Was die **Strukturreformen** angeht, so hat der ECOFIN-Rat vor kurzem den vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik erstellten Jahresbericht über Strukturreformen 2005 gebilligt. Der EZB-Rat schließt sich uneingeschränkt den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats an, dass einer Erhöhung der Beschäftigungsraten – insbesondere angesichts der Bevölkerungsalterung – im Rahmen der weiterhin bestehenden Notwendigkeit zur Wachstumssteigerung durch Beschäftigungs- und Produktivitätszuwächse eine besondere Bedeutung beigemessen werden sollte. Daher unterstützen wir die Kommission ausdrücklich in ihren Bemühungen zur Förderung der erneuerten Lissabon-Strategie, und wir fordern die nationalen Regierungen dazu auf, durch die Umsetzung der Strukturreformen in Europa ihren Beitrag dazu zu leisten. Der derzeitige Umsetzungsstau muss unbedingt beseitigt werden, damit ein mittelfristig höheres Produktionspotenzial erreicht werden kann und sich die Stimmung bei den Verbrauchern und Unternehmern bald aufhellt.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.